

C Vertragsbedingungen

Zwischen der

Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter, vertreten durch den Vorstand Herrn Boris Berner, Dienstsitz Max-Planck-Straße 1-3, 63303 Dreieich

– nachfolgend als „Auftraggeber“ bezeichnet –

und

...

– nachfolgend als „Auftragnehmer“ bezeichnet –

wird hiermit folgende vertragliche Vereinbarung über die betriebsärztliche Versorgung („Betriebsärztlicher Dienst“; Vergabe-Nr.: 19-PROARBEIT-12) geschlossen:

Vorbemerkung:

Die in dem Vertrag enthaltenen Angaben beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die männliche als auch auf die weibliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

§ 1 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand des Vertrages ist die betriebsärztliche Versorgung der Beschäftigten des Auftraggebers. Der Auftragnehmer nimmt die Aufgaben wahr, die sich aus dem Arbeitssicherheitsgesetz und der Leistungsbeschreibung zu diesem Vergabeverfahren ergeben.

(2) Inhalt und Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen und Tätigkeiten bestimmen sich nach den in § 2 bezeichneten Vertragsbestandteilen, insbesondere der Leistungsbeschreibung zu diesem Vergabeverfahren.

§ 2 Vertragsbestandteile

(1) Als Vertragsbestandteile gelten in der nachstehenden Rangfolge:

1. die Bedingungen und Vereinbarungen dieses Vertrages,
2. die Leistungsbeschreibung zu diesem Vergabeverfahren 19-PROARBEIT-12,
3. das Angebot des Auftragnehmers auf der Grundlage der Leistungsbeschreibung zum vorgenannten Vergabeverfahren,
4. die „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B),
5. im Übrigen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

(2) Etwaige Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.

§ 3 Vertragslaufzeit

(1) Die Leistungen sind im Zeitraum vom **01.07.2019** bis zum **31.12.2021** zu erbringen (Vertragszeitraum). Der Vertrag endet mit dem Ablauf des Vertragszeitraums, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Eine stillschweigende oder konkludente Verlängerung des Vertragszeitraums wird ausdrücklich ausgeschlossen.

(2) Beide Parteien sind berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres, erstmals mit Wirkung zum 31.12.2019, schriftlich zu kündigen, ohne dass sie gegenseitig Schadensersatzansprüche geltend machen können (ordentliche Kündigung). Das Recht zur außerordentlichen Kündigung nach § 10 bleibt unberührt.

§ 4 Durchführung des Vertrages

(1) Die Parteien sind sich darüber einig, dass der Auftraggeber im Rahmen der Leistungsbeschreibung verbindliche Vergaben zum Umfang der Vor-Ort-Leistungen in 63303 Dreieich bzw. 63128 Dietzenbach gemacht hat. Im Übrigen werden Ort und Zeit für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen zwischen den Parteien einvernehmlich vereinbart.

(2) Der Auftraggeber hat dafür Sorge zu tragen, dass dem Auftragnehmer alle für eine ordnungsgemäße Durchführung der vertraglichen Leistungen erforderlichen Informationen und Auskünfte erteilt werden. Der Betriebsarzt darf ferner jederzeit nach Terminabsprache Begehungen und Besichtigungen einzelner Arbeitsplätze vornehmen.

§ 5 **Pflichten des Auftragnehmers**

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine vertraglich geschuldeten Leistungen vertragsgerecht unter Anwendung größtmöglicher Sorgfalt zu erbringen. Der Auftragnehmer hat bei der Durchführung dieses Vertrages die einschlägigen Gesetze, Unfallverhütungsvorschriften sowie Richtlinien zu Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in der jeweils aktuellen gültigen Fassung zu beachten und anzuwenden. In beispielhafter, nicht abschließender Aufzählung sind dies: Unfallverhütungsvorschrift Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit (DGUV Vorschrift V2, nachfolgend auch „DGUV-V2“), ArbSchG, ASiG, ArbMedVV.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mit dem Auftraggeber zusammenzuarbeiten, insbesondere den Auftraggeber (Bereich Personal) unverzüglich über alle wesentlichen Vorgänge zu informieren und sämtliche in diesem Zusammenhang relevanten Unterlagen (Nachweise) unverzüglich an den Auftraggeber zu übersenden.

(3) Der Auftragnehmer hat seine vertraglich geschuldeten Leistungen frei von Rechten Dritter zu erbringen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von etwaigen Schadenersatzansprüchen Dritter jeder Art frei, sofern die Ansprüche auf ein schuldhaftes Verhalten des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Beauftragung und Durchführung dieses Vertrages zurückzuführen sind.

(4) Der Auftraggeber hat das Recht, die Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen durch den Auftragnehmer sowie die Beachtung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, die zur vertraglichen Erfüllung durch den Auftragnehmer anwendbar sind, zu prüfen und entsprechende Informationen beim Auftragnehmer einzuholen. Der Auftragnehmer erteilt zu diesem Zweck unverzüglich alle erbetenen Auskünfte, gewährt, soweit erforderlich, Einsicht in alle den Auftrag betreffenden Unterlagen einschließlich gespeicherter Daten, fertigt auf Wunsch des Auftraggebers Fotokopien der erforderlichen Unterlagen an und gestattet den Zutritt zu seinen Grundstücken und Betriebsräumen während der üblichen Geschäftszeiten. Hinsichtlich der rechtlichen Zulässigkeit der Einsichtnahme hat der Auftragnehmer ggf. die Einwilligung des eingesetzten Personals einzuholen. Die vorstehenden Rechte bestehen nicht, soweit dadurch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse offenbart werden müssten oder einer Offenbarung rechtliche Gründe entgegenstehen.

§ 6 **Vergütung**

(1) Die Leistungen des Auftragnehmers sind auf der Grundlage des Preisblattes anhand der erbrachten Einsatzstunden zu vergüten. Hinsichtlich der Grundbetreuung werden mindestens 70 % der Einsatzzeit vor Ort für aktive Betreuungszeit und höchstens 30 % der Einsatzzeit für Leistungen im Sinne der DGUV Vorschrift 2 Anlage 2 Punkt 2 Ziffer 9 („Selbstorganisation“; insbesondere Vor- und Nachbearbeitungstätigkeiten) veranschlagt. Die Vergütung der Betriebsspezifischen Betreuung erfolgt ausschließlich nach Maßgabe der aktiven Betreuungszeit vor Ort.

(2) Die Parteien gehen davon aus, dass Ort und Zeit für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen zwischen den Parteien einvernehmlich vereinbart und die Leistungen am vorgesehenen Ort und zur vorgesehenen Zeit im Rahmen des Betreuungstermins (Einsatztermins) ordnungsgemäß durchgeführt werden. Die Terminabstimmung ist verbindlich. Eine spätere Änderung bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers. Die eigenmächtige Absage eines Termins durch den Auftragnehmer gilt grundsätzlich als Pflichtverletzung und berechtigt den Auftraggeber, eine Abmahnung bzw. im Wiederholungsfall eine fristlose Kündigung auszusprechen. Für die vom Auftraggeber kurzfristig abgesagten Einsatztermine (10 Arbeitstage vor Einsatztermin) kann der vereinbarte Stundensatz zur Abrechnung gebracht werden.

(3) Der jeweilige Stundensatz gilt für die gesamte Vertragslaufzeit und umfasst alle für die ordnungsgemäße Erfüllung der vertraglichen Leistung anfallenden Kosten. Anfallende Reise-, Sach-, Gemeinkosten etc. sind in den jeweiligen Stundensatz einzukalkulieren. Weitere Kosten gleich welcher Art dürfen nicht geltend gemacht werden. Lediglich in Einzelfällen behält sich der Auftraggeber vor, weitere Sachleistungen (z. B. Laborleistungen) ausdrücklich und gesondert zu beauftragen, die wiederum vom Auftragnehmer in Höhe der GOÄ (einfacher Steigerungssatz) in Rechnung gestellt werden.

(4) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

(5) Im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung steht dem Auftragnehmer die Vergütung nur anteilig für bis dahin ordnungsgemäß erbrachte Leistungen zu. Ohne Rechtsgrund erlangte Vergütung ist vom Auftragnehmer zurückzuerstatten. Der Rückerstattungsanspruch ist sofort fällig. Kommt der Auftragnehmer mit der Rückerstattung in Verzug, so ist der Erstattungsbetrag mit 8 Prozentpunkten über dem geltenden Basiszinssatz gemäß § 247 BGB zu verzinsen.

(6) Der Auftraggeber ist berechtigt, aus diesem Vertrag resultierende Forderungen gegen Forderungen des Auftragnehmers, gleich aus welchem Rechtsgrund, aufzurechnen. Im Falle der Aufrechnung wird der Auftragnehmer hiervon schriftlich benachrichtigt.

§ 7 Rechnungsstellung

(1) Der Auftragnehmer rechnet die im jeweiligen Kalendermonat angefallenen Einsatzzeiten nachträglich ab. Hierzu übersendet er eine Stundenaufstellung an den Auftraggeber (Bereich Personal). Die monatliche Abrechnung hat eine Aufstellung der Einsatztermine (Vor-Ort-Leistungen) unter Angabe des Datums zu enthalten. Die Stundenaufstellung ist nach Maßgabe der unter Punkt B.4 der Leistungsbeschreibung enthaltenen Regelungen aufzustellen. Für jeden Einsatztermin ist eine Angabe der insoweit angefallenen (anteiligen oder vollen) Stunden nach Maßgabe der Stundenaufstellung vorzunehmen.

- (2) Der Auftragnehmer hat eine mögliche Umsatzsteuerpflicht im Rahmen seiner Abrechnung zu berücksichtigen. Soweit umsatzsteuerfreie und umsatzsteuerpflichtige Leistungen anfallen, ist eine entsprechende Trennung in der Abrechnung vorzunehmen.
- (3) Der Auftraggeber ist zur Zahlung binnen 30 Tagen nach Rechnungseingang verpflichtet. Die Zahlung erfolgt im Überweisungsverkehr auf ein vom Auftragnehmer schriftlich zu benennendes Konto. Als Tag der Zahlung gilt der Tag, an welchem der Auftraggeber den Überweisungsauftrag an seine Geldanstalt erteilt.
- (4) Der Auftraggeber behält sich vor, die Rechnungsstellung von Papierrechnungen auf elektronische Rechnungen („E-Rechnung“) umzustellen. Über die Umstellung und die Anforderungen an den Auftragnehmer, insbesondere die technischen Voraussetzungen, wird der Auftraggeber rechtzeitig informieren.
- (5) Um eine zweckmäßige „Abarbeitung“ der beim Auftraggeber im Kalendermonat Dezember eingehenden Rechnungen sicherzustellen, hat der Auftragnehmer die Abrechnung der im Monat November erbrachten Leistungen spätestens am 5. Kalendertag des Monats Dezember dem Auftraggeber vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich eine gesonderte Regelung für die im Monat Dezember erbrachten Leistungen (gesonderte Rechnungslegung) vor.
- (6) Für die nachträgliche Rechnungsstellung bzw. für die Geltendmachung sämtlicher Vergütungs- und Erstattungsansprüche gilt eine Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Beendigung des Vertragszeitraums, sofern in diesem Vertrag nicht etwas anderes geregelt ist. Abrechnungen und Nachweise sind dem Auftraggeber daher spätestens bis zum Ablauf der jeweiligen Ausschlussfrist prüfbar vorzulegen. Andernfalls ist eine Vergütung bzw. Erstattung ausgeschlossen.

§ 8 **Haftung**

Der Auftragnehmer haftet für Personen- und Sachschaden, die dem Auftraggeber durch schuldhafte Verletzung der vom Auftragnehmer übernommenen vertraglichen Pflichten entstehen. Die Haftung erstreckt sich auf eine Deckungssumme für Personenschäden von mindestens 1.500.000 EUR und für sonstige Schäden von mindestens 1.000.000 EUR. Auf Anforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer während des Vertragszeitraums das Bestehen eines entsprechenden Versicherungsschutzes nachzuweisen.

§ 9

Schweigepflicht, Geheimhaltung und Datenschutz

(1) Der Betriebsarzt hat die ärztliche Schweigepflicht zu wahren. Das Gebot gilt auch gegenüber dem Verantwortlichen für den Arbeitsschutz, dem Personalrat und dem Bereich Personal. Es gelten die unter Punkt B.7 der Leistungsbeschreibung (Teil B der Vergabeunterlagen) vorgesehenen Regelungen, u. a. hinsichtlich der ärztlichen Untersuchung bei begründeter Veranlassung nach § 3 TVöD.

(2) Dem Beschäftigten selbst ist grundsätzlich uneingeschränkt Auskunft über seinen gesundheitlichen Zustand zu erteilen. Auf Verlangen muss ihm der Arzt das Untersuchungsergebnis eröffnen.

(3) Im Übrigen verpflichtet sich der Auftragnehmer, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten nach der DSGVO einzuhalten. Sofern dem Auftragnehmer vom Auftraggeber Daten, insbesondere personenbezogene Daten, zur Verfügung gestellt werden oder sonst wie zur Kenntnis gelangen, darf der Auftragnehmer diese Daten ausschließlich zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen verarbeiten und nutzen. Jede andere Verwendung dieser Daten (z. B. gewerbliche Nutzung, Übermittlung an Dritte) ist unzulässig. Der Auftragnehmer sichert zu, die ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Daten von seinem sonstigen Datenbestand getrennt zu halten.

(4) Zur Kenntnis des Auftragnehmers gelangende interne Angelegenheiten des Auftraggebers, die als vertraulich gekennzeichnet werden oder die ein verständiger Dritter als schützenswert und deshalb als vertraulich zu behandeln ansehen würde, sind während des Vertragszeitraums und auch nach Beendigung des Vertragszeitraums vertraulich zu behandeln. Der Auftragnehmer hat insbesondere Vorkehrungen zu treffen, dass solche Kenntnisse anderen Personen außer den mit der Ausführung Beauftragten nicht bekannt werden.

(5) Für den Umgang mit personenbezogenen Daten oder ggf. mit Sozialdaten darf der Auftragnehmer nur solche Mitarbeiter einsetzen, die er zuvor schriftlich auf das Datengeheimnis verpflichtet hat. Der Auftragnehmer hat daher die mit der Ausführung beauftragten Personen gemäß Art. 32 Abs. 4 DSGVO auf die Wahrung der Vertraulichkeit zu verpflichten, dies gilt auch für freie Mitarbeiter. Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der folgenden Absätze auch selbst zur Einhaltung der Regelungen des Art. 32 DSGVO verpflichtet. Die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen ist vom Auftragnehmer zu prüfen und zu kontrollieren. Die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Geheimhaltung ist auch bei Ausscheiden einzelner Mitarbeiter sicherzustellen.

(6) Die technischen und organisatorischen Maßnahmen des Auftragnehmers (Art. 32 DSGVO) sind dem Auftraggeber auf Anforderung nachzuweisen. Hierzu zählen insbesondere folgende Maßnahmen und Vorkehrungen:

- Der Auftragnehmer darf personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Auftraggebers verarbeiten. Der Auftragnehmer hat personenbezogene Daten und ggf. Sozialdaten zu berichtigen, in der Verarbeitung einzuschränken oder zu löschen, wenn der Auftraggeber dies verlangt.
- Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit Unbefugten der Zutritt zu seinen Datenverarbeitungsanlagen verwehrt ist. Entsprechende Räumlichkeiten sind im Regelfall abgeschlossen; die Vergabe von Schlüsseln wird fortlaufend dokumentiert und kontrolliert.
- Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit seine Datenverarbeitungssysteme einschließlich der PC-Arbeitsplätze nicht von Unbefugten betreten oder genutzt werden können. Personenbezogene Daten sind vor unbefugten Zugriffen Dritter sowie vor Computerviren etc. zu schützen.
- Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die zur Benutzung seiner Datenverarbeitungs-systeme berechtigten Personen ausschließlich auf diejenigen Daten zugreifen können, die ihrer jeweiligen sachlichen und fachlichen Zugriffsberechtigung unterliegen. Es dürfen nur die mit der Durchführung des vorliegenden Auftrags (Maßnahme) betraute Mitarbeiter des Auftragnehmers Zugriff auf Daten haben.
- Der Auftragnehmer ist in der Lage, zu überprüfen, welcher seiner Mitarbeiter auf Daten des Auftraggebers zugegriffen hat (Protokollierung).
- Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich (innerhalb von 48 Stunden) über Datenschutzverstöße, die bei ihm eingetreten sind, zu informieren (Art. 33 DSGVO, § 83a SGB X). Datenschutzverstöße liegen auch vor, soweit personenbezogene Daten oder Sozialdaten unrechtmäßig übermittelt wurden oder auf sonstige Weise Dritten unrechtmäßig zur Kenntnis gelangt sind (z. B. durch Diebstahl von Hardware, Verlust eines Datenträgers).
- Soweit der Auftragnehmer die Voraussetzungen des § 38 BDSG erfüllt, ist ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter zu bestellen; die Kontaktdaten sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

(7) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber sowie Aufsichts- und Prüfbehörden des Auftraggebers das Recht ein, Auskünfte bei ihm einzuholen, während der Betriebs- und Geschäftszeiten seine Grundstücke oder Geschäftsräume zu betreten und dort Besichtigungen und Prüfungen vorzunehmen und geschäftliche Unterlagen und Datenverarbeitungs-programme einzusehen, soweit dies im Rahmen der Vereinbarung für die Überwachung des Datenschutzes erforderlich ist.

(8) Verstöße gegen eine gesetzliche oder vertraglich vereinbarte Datenschutzbestimmung berechtigen den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund (vgl. § 10 dieses Vertrages). Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber hinsichtlich vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Datenschutzverstöße von allen Ansprüchen Dritter frei.

§ 10

Außerordentliche Kündigung

(1) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist schriftlich zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere in folgenden Fällen vor:

- a) Verstoß des Auftragnehmers gegen eine gesetzliche oder vertraglich vereinbarte Datenschutzbestimmung (vgl. § 9 dieses Vertrages),
- b) Verstoß des Auftragnehmers gegen sonstige Pflichten aus § 5 oder § 9 dieses Vertrages,
- c) Beantragung oder Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers oder dessen Ablehnung mangels Masse,
- d) Verletzung einer sonstigen wesentlichen Vertragspflicht durch den Auftragnehmer.

(2) Für den Fall, dass der Auftragnehmer trotz Mahnung seinen vertraglichen Pflichten innerhalb angemessener Frist nicht nachkommt (z. B. seinen Berichtspflichten, der Einhaltung der vereinbarten Einsatztermine / Untersuchungstermine oder einer weiteren Verpflichtung zur Erbringung der in der Leistungsbeschreibung enthaltenen Leistungsbestandteile), kann der Auftraggeber aus wichtigem Grund ebenfalls ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist schriftlich kündigen.

(3) Im Falle der fristlosen Kündigung dieses Vertrages durch den Auftraggeber steht dem Auftragnehmer eine Vergütung nur für die bis dahin vertragsgemäß erbrachten Leistungen zu.

§ 11

Rücktritt, Vertragsstrafen

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich ausdrücklich zur Einhaltung der Vorschriften zur Unterlassung von Vorteilsgewährung und Bestechung (Korruption). Insbesondere darf der Auftragnehmer den Beschäftigten des Auftraggebers (Amtsträger bzw. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete) weder unmittelbar noch mittelbar Vorteile im Sinne der §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (StGB) anbieten, versprechen oder gewähren. Vorteile in diesem Sinne sind alle Zuwendungen, auf die die Beschäftigten des Auftraggebers keinen Rechtsanspruch haben und die sie materiell oder immateriell besserstellen. Hierzu zählen auch Vorteile, die Dritten (z. B. Angehörigen oder Bekannten) zugewendet werden, wenn sie bei dem Beschäftigten des Auftraggebers zu einer Ersparnis führen und/oder ihn in irgendeiner Weise materiell oder immateriell besserstellen. Jeder Anschein einer Beeinflussung der Objektivität der Beschäftigten des Auftraggebers ist zu vermeiden. Ausdrücklich sind Einladungen zu nicht ausschließlich dienstlichen Veranstaltungen und Feiern zu unterlassen.

(2) Ausschlussgründe im Sinne des § 31 Abs. 1 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) i. V. m. §§ 123, 124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) berechtigen den Auftraggeber zum Rücktritt vom Vertrag aus wichtigem Grund. Ein Rücktritt des Auftraggebers vom Vertrag kann daher insbesondere erfolgen, wenn

- a) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist (§ 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB);
- b) der Auftragnehmer im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Auftragnehmers infrage gestellt wird. Dabei ist das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person dem Auftragnehmer zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Auftragnehmers Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Der schweren Verfehlung stehen ähnliche Handlungen außerhalb redlicher geschäftlicher Gepflogenheiten gleich.
- c) der Auftragnehmer in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB).

(3) Ein Ausschlussgrund nach Absatz 2 ist auch die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, und die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des GWB, insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen.

(4) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle Schäden zu ersetzen, die dem Auftraggeber unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt vom Vertrag entstehen. Sofern der Auftraggeber keinen höheren Schaden nachweist, hat der Auftragnehmer an den Auftraggeber eine Schadensersatzpauschale in Höhe von 5 % der Brutto-Gesamtauftragssumme dieses Vertrages zu bezahlen. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass der Schaden tatsächlich niedriger ist. Erbringt der Auftragnehmer diesen Nachweis, so braucht er nur den nachgewiesenen niedrigeren Schaden zu bezahlen.

(5) Liegt ein Ausschlussgrund nach § 31 Abs. 1 UVgO i. V. m. § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB vor, weil der Auftragnehmer nachweislich eine schwere Verfehlung oder eine vergleichbare nachweisbare Verfehlung außerhalb redlicher geschäftlicher Gepflogenheiten begangen hat, hat der Auftragnehmer an den Auftraggeber für jede Verfehlung eine Vertragsstrafe zu zahlen, unabhängig davon, ob der Auftraggeber sein Recht auf Rücktritt vom Vertrag ausübt oder nicht.

Die Höhe der Vertragsstrafe beträgt das 50-fache des Wertes der angebotenen, versprochenen oder gewährten Geschenke oder sonstigen Vorteile, insgesamt jedoch höchstens 5 % der Brutto-Gesamtauftragssumme dieses Vertrages. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird auf den Schadensersatz angerechnet.

§ 12 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Nutzung des geschützten Logos und Namens des Auftraggebers sowie für Dritte bestimmte Informationen und Berichte rechtzeitig vorher mit dem Auftraggeber abzustimmen. Die Verwendung des Logos oder des Namens des Auftraggebers zu werbe- oder öffentlichkeits-wirksamen Zwecken, auch in Broschüren, auf Internetseiten o. ä. bedarf stets der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

§ 13 Gerichtsstand

Der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag – soweit zulässig – befindet sich am Sitz des Auftraggebers. Es gilt deutsches Recht.

§ 14 Schriftformerfordernis und Salvatorische Klausel

(1) Alle Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit eines von den Parteien unterzeichneten Nachtrags.

(2) Sollte eine Bestimmung des Vertrages ungültig sein oder ungültig werden, so betrifft dies nicht den Vertrag als Ganzes, sondern nur die betreffende Bestimmung. In einem solchen Fall ist der Vertrag seinem Sinn und Zweck entsprechend auszulegen, wobei maßgebend ist, was die Parteien vereinbart hätten, wenn ihnen die Ungültigkeit einer Vertragsbestimmung bekannt gewesen wäre.

Schlussbestimmungen

Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jeweils eine Ausfertigung ist für den Auftraggeber und den Auftragnehmer bestimmt.

(Ort, Datum)

(Ort, Datum)

(Auftraggeber)

(Auftragnehmer)